

Erfassung des westdeutschen Rechtsextremisten Karl-Heinz Hoffmann

Die Stasi erfasste zahlreiche Rechtsextremistinnen und -extremisten, die in der Bundesrepublik aktiv waren. Dazu gehörte auch Karl-Heinz Hoffmann, der Leiter der paramilitärischen Wehrsportgruppe Hoffmann.

Am 26. September 1980 explodierte in der Nähe des Haupteingangs des Münchner Oktoberfests eine Bombe, die 13 Menschen tötete und 221 zum Teil schwer verletzte. Der 21-jährige Geologiestudent und Rechtsextremist Gundolf Köhler, der bei dem Anschlag starb, hatte den selbstgebauten Sprengkörper in einem metallenen Abfallkorb deponiert. Das Oktoberfestattentat war der schwerste Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landeskriminalamts (LKA) Bayern und des Bundeskriminalamts (BKA) bestehende Sonderkommission (Soko) "Theresienwiese" ermittelte in dem Fall. Als sich die Hinweise auf einen Terroranschlag verdichteten, leitete am 27. September 1980 auch Generalbundesanwalt (GBA) Kurt Rebmann ein Ermittlungsverfahren ein.

Die Sicherheitsbehörden identifizierten Köhler am Tag nach dem Anschlag als Attentäter. Seine Kontakte in die rechtsextreme Szene, v. a. zur paramilitärischen Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann, waren bereits nachrichtendienstlich erfasst. Köhler hatte u. a. an Wehrsportübungen der WSG teilgenommen und mit ihrem Leiter Karl-Heinz Hoffmann korrespondiert. Die Organisation war bereits im Januar 1980 durch Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) verboten worden.

Trotz dieser Informationen und Zeugenaussagen zu weiteren Personen am Tatort schlossen die Soko "Theresienwiese" und der GBA letztlich ein rechtsextremistisches Tatmotiv aus und hielten an der Einzeltätertheorie fest. Im Mai 1981 stellte die Soko ihre Ermittlungen ein, im November 1982 auch der GBA.

Der Anschlag fand in einer politisch aufgeheizten Zeit statt: Am 5. Oktober 1980 stand die Bundestagswahl an, bei der sich der amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) gegenüberstanden. In Schmidts Regierungszeit (ab 1974) fiel die Hochphase des Terrors der Roten Armee Fraktion. Daher prägte das Thema Sicherheit – vor allem mit Blick auf den Linksterrorismus – den Wahlkampf. Obwohl gerade die Zahl rechtsextremer Gewalttaten ab Mitte der 1970er Jahre zugenommen hatte.

Schmidts konservative Herausforderer suchten die Schuldigen unmittelbar nach dem Anschlag im linksextremistischen Lager. Die Aktivitäten der WSG hingegen spielten sie herunter. Auch eine Tatbeteiligung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) schlossen sie nicht aus.

Das MfS verfolgte die Ereignisse rund um das Oktoberfestattentat aufmerksam. Es schöpfte Ermittlungsergebnisse der westdeutschen Sicherheitsbehörden ab, dokumentierte die Berichterstattung in der Bundesrepublik und bewertete die Auswirkungen des Anschlags auf die Bundestagswahl.

Zahlreiche – zum Teil zuvor aus der DDR geflohene oder freigekaufte – Rechtsextremisten hatte das MfS in seinem Speicher erfasst. Außerdem setzte es inoffizielle Mitarbeiter in der rechten Szene in der Bundesrepublik ein. Sein Ziel: neonazistische Organisationen im eigenen Land verhindern und Material sammeln, das die Bundesrepublik diskreditieren könnte.

Das vorliegende Dokument ist Teil einer Akte der Hauptabteilung III (Funkaufklärung und Funkabwehr). Darin listete das MfS Links- und Rechtsextremistinnen und -extremisten in der Bundesrepublik auf, zu denen es Informationen gespeichert hat.

Aus dem Dokument geht hervor, dass der WSG-Leiter Karl-Heinz-Hoffmann im Rahmen der Aktion "Zenith" für die Abteilung XXII/3 erfasst war. Diese war ab 1979 für die "Aufklärung" der neonazistischen und rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik zuständig.

Außerdem wusste das MfS von Kontakten Hoffmanns zu Axel Heinzmann, dem Leiter des rechtsextremen und antikommunistischen Hochschulrings Tübinger Studenten. Heinzmann war 1970 nach zweijähriger DDR-Haft (wegen "staatsfeindlicher Hetze") von der Bundesrepublik freigekauft worden. Hoffmann hatte Köhler 1976 an Heinzmann verwiesen, da der spätere Oktoberfestattentäter eine eigene Wehrsportgruppe in seiner Heimat Donaueschingen aufbauen wollte.

Signatur: BArch, MfS, HA III, Nr. 7729, Bl. 49

Metadaten

Urheber: MfS
Rechte: BArch

Datum: 1980

Erfassung des westdeutschen Rechtsextremisten Karl-Heinz Hoffmann

Name:	<u>HOFFMANN</u>	BStU 000049 Lichtbild
Vorname:	<u>Karl-Heinz</u>	
geb.:	<u>27.10.37</u> in: <u>Nürnberg</u>	
Anschrift:	<u>85 Nürnberg</u> <u>(TB 22)</u>	
Telefon priv.:	<u>[redacted]</u>	
Ausweis-Nr.:	<u> </u>	
Paß-Nr.:	<u> </u>	
Beruf:	<u>Grafiker</u>	
Tätigkeit/Dienstgrad:	<u> </u>	
Arbeitsstelle:	<u> </u>	
Telefon dienstl.:	<u> </u>	
öbL dienstl.:	<u> </u>	öbL priv.: <u> </u>
Delikt:	<u>4.17</u> <u>zu empfindlicher</u> <u>Aktion, Zeitschrift a/fap</u>	erf. f.: <u>IXu 13</u>
Quelle:	<u> </u>	
<u>operative Hinweise:</u> <ul style="list-style-type: none">- Leide der NSBO verbodener WSG-HOFFMANN- verlobt mit BIRKHAUSEN, Hte Franziska- unterhält gute Kontakte zum Heinemann, Axel, Werner- im AfB Nbg 78179 verzeichnet		